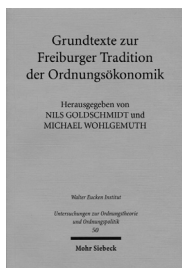


Buchkritik

Freiheit, die wir meinen

Der Neoliberalismus zwischen Lichtgestalt und Feindbild

Klaus Peter Krause | **Mit der Finanzkrise ist der Neoliberalismus zum Angriffsziel vieler Politiker und Medien geworden. Doch wer die Kritik am Neoliberalismus richtig einordnen will, muss sich zuerst mit seinen Grundlagen vertraut machen. Das Werkzeug dafür liefern drei Neuerscheinungen.**



Nils Goldschmidt
und Michael
Wohlgemuth
(Hrsg.):
*Grundtexte zur Frei-
burger Tradition der
Ordnungsökonomik.*
Tübingen: Verlag
Mohr Siebeck 2008,
782 Seiten, 49,00 €

Es waren Freiburger Wissenschaftler, die in den dreißiger Jahren im Widerstand gegen die Nazi-Herrschaft die erste Konzeption des Neoliberalismus entwickelten. Eine Konzeption, die nichts weniger ist als die Wurzel der viel gerühmten Ehrhardschen Sozialen Marktwirtschaft. Wofür die Schule steht und welchen Beitrag sie noch heute für Debatten und fällige Reformen leisten kann, vermitteln die von Nils Goldschmidt und Michael Wohlgemuth herausgegebenen „Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik“.

Der Band vereinigt Beiträge von 26 Autoren und führt damit die klassischen und die neueren Texte der so genannten Freiburger Schule zusammen. Diese Schule tritt mit ihrem „Denken in Ordnungen“ durchaus für einen starken Staat ein. Das gilt allerdings nur für das Setzen des notwendigen Ordnungsrahmens, die Verteidigung von Freiheit und Selbstverantwortung der Bürger sowie im Widerstand gegen Sonderwünsche von

Interessengruppen. Daher nennt man sie auch „Ordoliberaler Schule“ und ihr Denkgebäude „Ordoliberalismus“. Wer dieses Buch zur Hand nimmt, ist umfassend informiert und für Auseinandersetzungen gerüstet.

Als zweites sollte der Interessierte zum Buch von Philip Plickert über die „Wandlungen des Neoliberalismus“ greifen. Hier erfährt er, wie der klassische Liberalismus entstand und wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg, nun mutiert zum Neoliberalismus, in der Politik seinen Weg bahnte. Wie er in der Auseinandersetzung mit dem Keynesianismus an Zulauf gewann, wie ihm vorübergehende Durchbrüche „an die Macht“ gelangen – in Deutschland mit Ludwig Erhard, in Großbritannien mit Margaret Thatcher und in Amerika mit Ronald Reagan – und schließlich, dass „eine große historische Umkehr“ letztlich doch nicht gelang.

Plickert möchte dazu beitragen, die Debatte um das heute „meist negativ konnotierte Schlagwort“ vom Neoliberalismus zu versachlichen und die

geistes- und zeitgeschichtlichen Ursprünge dieses „geläuterten Liberalismus“ zu erhellen. Das geschieht tiefgründig, umfassend und aufschlussreich. Plickert beschreibt die verschiedenen Schulen des erneuerten Liberalismus: die Wiener, die Londoner, die Chicagoer oder die Freiburger Schule. Der Leser erfährt, wie sich der Liberalismus in den dreißiger Jahren als Reaktion auf die große Depression zum Neoliberalismus wandelte. Die Geburtsstunde des Neoliberalismus war eine Konferenz 1938 in Paris. Was hier begann, wurde später in der Mont Pelerin Gesellschaft voll ausgebildet. Der Neoliberalismus wurde zum Gegenentwurf zur dominierenden Lehre des britischen Nationalökonomen J. M. Keynes von der Initialzündung durch den Staat mittels Verschuldung, mit der eine lahrende oder krisengeplagte Wirtschaft anzukurbeln sei.

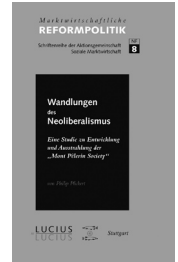
Solcherart gerüstet kann man sich dann einem dritten Buch zuwenden. Schon in der Einleitung wird deutlich, dass man hier Neoliberalismus so versteht, wie er heute in der Öffentlichkeit hingestellt wird: als menschenverachtenden „Marktradikalismus“: „Das gesellschaftspolitische Projekt des Neoliberalismus strebt nach einem Kapitalismus ohne wohlfahrtsstaatliche Begrenzungen.“ Erhards Neoliberalismus ist das nicht, ebenso wenig jener der Freiburger Schule.

Dabei beschreibt Mitherausgeber Ralf Ptak die Ursprünge des Neoliberalismus und seine im Laufe der Zeit wechselnden Ausprägungen durchaus kundig und im Wesentlichen zutreffend. Und wie selbstverständlich räumt er ein, tatsächlich habe der deutsche Ordoliberalismus das erste relativ geschlossene marktwirtschaftliche

Programm des Neoliberalismus vorgelegt und sei nicht zuletzt deswegen nach 1945 in Westdeutschland so erfolgreich gewesen. Damit stellt sich aber die Frage, warum dieses Programm seit Ende der sechziger Jahre an Erfolg und Akzeptanz eingebüßt hat. Als wichtigste Ursache drängt sich für Ordoliberele die Tatsache auf, dass sich die Politik seitdem an den neoliberalen Grundsätzen tiefgreifend vergangen hat. Doch das ist das Thema von Ptak und seinen Mitautoren gerade nicht.

Weil Ptak die Grundlagen kennt, ist er sich bewusst, dass Neoliberalismus „einer der schillerndsten Begriffe unserer Zeit“ ist. In der internationalen Diskussion stehe der Begriff für das Unbehagen gegenüber einer entwurzelten Ökonomie im globalen Maßstab. Jedoch sei diese negative Deutung „noch ein relativ junges Phänomen“. Sie beruhe auf der Liberalisierung der Finanzmärkte, den freien Wechselkursen der Währungen, der Intensivierung des Freihandels, einem (angeblich) massiven Rückbau des Sozialstaats und „einer Wirtschaftspolitik, die auf die einseitige Verbesserung der Angebotsbedingungen von Unternehmen zielt“. Das alles habe die „Konturen einer neuen Wirtschafts- und Sozial(un)ordnung geformt und sichtbar werden lassen“.

Unordnung also statt Ordnung. So sehen es auch die Ordoliberalen, wenn gleich mit einer anderen Zielvorstellung. Damit ist umrissen, gegen was sich die Kritik des Buches richtet. „Am Ende des 20. Jahrhunderts“, so Ptak, sei der Neoliberalismus zur „dominantesten Ideologie des Kapitalismus“ avanciert, „deren Leitsätze international den Referenzrahmen für die Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschafts-



Philip Plickert: *Wandlungen des Neoliberalismus. Eine Studie zur Entwicklung und Ausstrahlung der „Mont Pelerin Society“*. Stuttgart: Lucius & Lucius 2008, 516 Seiten, 59,00 €



Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hrsg.), unter Mitarbeit von Tim Engartner: *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 298 Seiten, 12,90 €

politik vorgeben.“ Dabei sei der Machtanspruch des Neoliberalismus (müsste heißen: *dieses* Neoliberalismus) total und universell. Der (= *dieser*) Liberalismus sei zum negativen Inbegriff des entfesselten, global agierenden Kapitalismus geworden. Damit habe sich der Neoliberalismus zu einem politischen Schlagwort mit wechselnder Bedeutung entwickelt: Die einen sähen in ihm eine rein ideologische Bewegung, andere verstünden darunter nur die expansionistische Politik der Supermacht USA, wieder andere erkannten in ihm einen allgemeinen Trend zur Ökonomisierung der Gesellschaft. Gegenwärtig dominiere die amerikanische Strömung, weswegen die spezifisch deutsche Ausprägung der fünfziger und sechziger Jahre „oft unterschlagen oder als völlig eigenständiger Ansatz betrachtet“ wird.

Zutreffend schreibt Ptak, eine Grundfigur der neoliberalen Ideologie sei die Kritik am ausufernden Interventionsstaat. Ebenso hat allerdings die sozialistische Ideologie eine entsprechende Grundfigur; es ist die, dass der Staat umfassend intervenieren müsse. Beide Haltungen speisen sich aus tiefsitzenden Überzeugungen, die nie zusammenkommen werden. Welche der beiden Ideenlehren sich, zumindest temporär, durchsetzt, hängt von der politischen Machtverteilung, vom Zeitgeist und von der Gunst oder Ungunst der Stunde ab. Mit der Finanzkrise hat sich der Neoliberalismus gerade der Ungunst zu erwehren, leider auch der – falsch oder nicht verstandene – Ordoliberalismus.

„Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors“ macht Tim Engartner in der neoliberalen Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik aus.

Er kritisiert den Neoliberalismus als eine Haltung, „die einseitig auf die Privatisierung staatlicher Aufgaben setzt“. Die neoliberale Doktrin richte sich auf „eine Enthronung der Politik“. Zustimmung kann man Engartner in seiner Ablehnung, auch hoheitliche Aufgaben wie das Überwachen von Gesetzesübertretungen, das Betreiben von Haftanstalten oder die Tätigkeit von Gerichtsvollziehern, Grundbuch- und Standesämtern in private Hand zu legen.

Doch will Engartner auch Nicht-hoheitliches in öffentlicher Hand aufgehoben wissen. So wendet er sich gegen die Entstaatlichung der Daseinsvorsorge, die „Privatisierung von Lebensrisiken“ (wie: Zuzahlungspflicht bei Arztleistungen, private Riester-Rente). Und er irrt mit der Feststellung, die steigende Arbeitslosigkeit seit den achtziger Jahren und „die Erosion des keynesianischen Grundkonsenses“ in der Bundesrepublik hätten eine Abkehr vom interventionistischen Wohlfahrtsstaat ausgelöst. Die Abkehr hat gerade nicht stattgefunden, und eben diese Unterlassung ist aus ordoliberaler Sicht für die Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil mitverantwortlich.

Mit den „Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik“ befasst sich Christoph Butterwegge. Er sieht etwa im Wunsch nach „Generationengerechtigkeit“ einen „neoliberalen Kampfbegriff“ und ein „ideologisches Ablenkungsmanöver“. Freiheit und Eigenverantwortlichkeit sind für ihn „Formeln zur Rechtfertigung der wachsenden sozialen Ungleichheit“, die Folgen des neoliberalen „Wettbewerbswahns“ sind Spaltung der Gesellschaft, sozialer Ausschluss und allgemeine Destabilisierung. Er spricht von einer „Erosion des Gerechtigkeits-

begriffs“. Und schließlich beschwört Bettina Lösch „die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie“. Man möchte ihr entgegnen, dass der Sozialismus die weitaus greifbarere Gefahr darstellt, weil er in Gesellschaft, Politik und Gesetzgebung bereits in einem aus ordoliberalen Sicht gemeinwohlschädigenden Maße verankert ist. Für Lösch dagegen sind „die Meinungen der Menschen von neoliberalen Denkmustern geprägt und dominiert“. Davon aber ist in der Realität nicht viel zu merken. Lösch schreibt vom „Elend der Politik im Neoliberalismus“ und kritisiert, dass dieser die Demokratie darauf reduziere, Dienerin der Ökonomie zu sein. Die neoliberale Globalisierung habe neue politische Akteure hervorgebracht und die Politik privatisiert.

Etliche Fehlentwicklungen, die das Buch beschreibt, sehen und beklagen auch Ordoliberales. Aber das Buch dämonisiert den Neoliberalismus und lenkt damit ab vom Dämon Sozialismus. Vor allem gegen die Beiträge von Engartner, Butterwegge und Lösch ist aus ordoliberalen Sicht derart viel einzuwenden, dass eine fundierte Kritik der Kritik am Neoliberalismus den vorgegebenen Rahmen sprengen würde.



Dr. KLAUS PETER KRAUSE ist freier Publizist. Zuvor war er Ressortleiter Wirtschaft der FAZ und Geschäftsführer der Fazit-Stiftung.

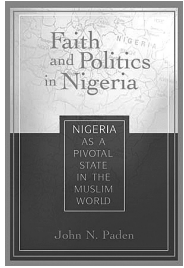
Patient oder Partner?

Vier Neuerscheinungen zu Geschichte und Gegenwart Afrikas

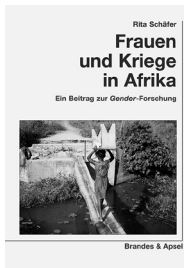
Andreas Eckert | **Der nigerianische Bürgerkrieg Ende der sechziger Jahre markierte einen Wendepunkt in der internationalen Wahrnehmung Afrikas: Aus dem Kontinent der Hoffnung wurde ein krisengeschüttelter und zur Entwicklung unfähiger Weltteil. Was tun? Journalisten und Wissenschaftler suchen nach Rezepten für die Zukunft.**

Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas und ein wichtiger Ölproduzent. Glück hat das „schwarze Gold“ freilich nur wenigen gebracht, die Mehrheit der Menschen lebt weiterhin

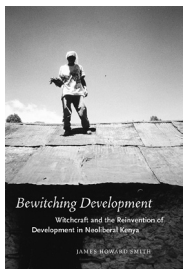
in Armut. Der Übergang zur Demokratie zeitigte in den letzten Jahren unerwartete und höchst problematische Konsequenzen. Zwölf der 36 Bundesstaaten führten das islamische



John N. Paden:
Faith and Politics in Nigeria.
Washington: United States Institute of Peace Press 2008, 152 Seiten, 14,95 \$



Rita Schäfer:
Frauen und Kriege in Afrika. Ein Beitrag zur Gender-Forschung.
Frankfurt/M.: Brandes & Apsel 2008, 520 Seiten, 39,90 €



James Howard Smith:
Bewitching Development. Witchcraft and the Reinvention of Development in Neoliberal Kenya.
Chicago University Press 2008, 272 Seiten, 21,00 \$

Recht, die Scharia, ein und brachten die Religion mit Nachdruck zurück in die Politik. Scharia-Politiker eignen sich zum Teil erfolgreich die Machtmittel des Staates an, um sich im Namen göttlicher Gebote über alle weltlichen Gesetze hinwegzusetzen. Nicht wenige Interpreten glauben, dass auf diese Weise in Nigeria die Reste staatlicher Autorität endgültig zerstört zu werden drohen.

John N. Paden zeichnet in seiner schmalen Studie ein positiveres Bild. Nigeria könne aufgrund seiner Erfahrungen mit einem föderalen System und mit dem Schmieden von Allianzen über religiöse und ethnisch-regionale Grenzen hinweg als Modell für andere Staaten dienen und in der internationalen Politik als Brückenbauer zwischen dem Westen und der islamischen Welt fungieren. Allerdings sind die Belege, auf die der Autor seine Hoffnung gründet, nicht wirklich überzeugend.

Es war der nigerianische Bürgerkrieg (1967–70) oder Biafra-Krieg, wie er bis heute zumeist genannt wird, durch den die Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung im nachkolonialen Afrika einst einen kräftigen Dämpfer erhielten. Dieser Krieg war einer der ersten schweren bewaffneten Konflikte in Afrika nach dem Ende der Kolonialzeit. Mehrere hunderttausend Menschen, einige Quellen sprechen von über einer Million, ließen ihr Leben. Im Kriegsgebiet kam es zu einer schweren Hungerkatastrophe. Der Biafra-Krieg markierte einen Wendepunkt in der internationalen Wahrnehmung Afrikas. Aus dem Kontinent der Hoffnung wurde ein krisengeschüttelter und zur Entwicklung unfähiger Weltteil, bestenfalls Gegenstand des Mitleids. Überdies scheinen innere

Kriege in vielen Regionen südlich der Sahara seither endemisch zu sein.

Die Ethnologin Rita Schäfer bietet mit ihrem Fokus auf Geschlechterverhältnisse eine wichtige Ergänzung zur einschlägigen Forschungsliteratur. Anhand zahlreicher Länderbeispiele lotet die Autorin die Bedeutung von Geschlechterdynamiken und -differenzen für die verschiedenen Kriegskontexte aus. Dabei betont sie die zentrale Bedeutung von gewaltbesetzten Maskulinitätskonzepten. So zählte in vielen Bürgerkriegen sexualisierte Gewalt zur Kriegstaktik. Mit Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen sollten die Männer der „Feindesgruppe“ als Versager verhöhnt werden.

Hexerei wird gemeinhin definiert als der Gebrauch übernatürlicher Kräfte durch eine Person zum Schaden einer anderen. In der industrialisierten Welt, die sich gerne als „modern“ etikettiert, gelten Hexereipraktiken und der Glaube an das Okkulte als Relikte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit. Entsprechende Phänomene im zeitgenössischen Afrika wurden folglich lange Zeit als zähe Überbleibsel afrikanischer Traditionen gedeutet, als Beispiel für die Rückständigkeit des Kontinents. Jüngere, insbesondere sozialanthropologische Studien haben diese bei vielen Entwicklungspolitikern weiterhin verbreitete Sichtweise jedoch grundlegend korrigiert. Dabei ist deutlich geworden, dass Moderne/Tradition und Religion/Politik falsche Dichotomien sind. Die umfangreiche Forschung, in die sich die materialreiche ethnographische Studie von James H. Smith zu Kenia einreihet, interpretiert den seit Jahren stetig wachsenden Hexereiglauben im nachkolonialen Afrika überwiegend als Auseinander-

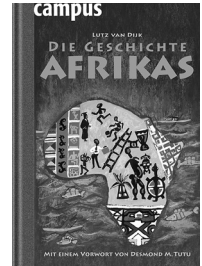
setzung mit Prozessen sozialer Differenzierung, hervorgerufen durch die Entwicklung neuer Marktbeziehungen und die „Modernisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft. Hexerei in Afrika repräsentiert demnach nicht die hartnäckige Verweigerung von Wandel und Entwicklung, sondern markiert den Versuch, sich aktuellen Umwandlungsprozessen zu stellen und sie zu verstehen. Smith zeigt am Beispiel der Keita-Region, wie eng Entwicklung und Hexerei verknüpft sind. Die durch Entwicklungsprojekte bewirkten Veränderungen haben in diesem Gebiet dafür gesorgt, dass einige wenige wohlhabender wurden, die Hoffnung auf Besserung für die Mehrheit der Bevölkerung aber vergeblich blieb. Dies führt verstärkt zu moralischen Debatten, die häufig mit Kategorien des Okkulten und der Hexerei ausgetragen werden.

Lange Zeit galt Afrika selbst bei vielen Historikern als „Kontinent ohne Geschichte“. Zwar mag heute so mancher weiterhin hinter vorgehaltener Hand mit Hegel behaupten, Afrika sei „das Geschichtslose und Unaufgeschlossene, das noch ganz im natürlichen Geiste befangen ist“. Gleichwohl

liegen inzwischen auch in deutscher Sprache eine Reihe von guten Einführungs- und Überblickswerken zur afrikanischen Historie vor. Lutz van Dijks bereits in zweiter, überarbeiteter Auflage vorliegende „Geschichte Afrikas“ richtet sich vornehmlich, auch wenn das nicht explizit vermerkt wird, an eine jugendliche Leserschaft. Der Autor spannt mit viel Mut zur Lücke einen weiten Bogen von Afrika als der Wiege der Menschheit hin zur gegenwärtigen Aids-Problematik. An vielen Stellen liefert er Quellenauszüge und lässt afrikanische Akteure ausführlich zu Wort kommen. Über einige seiner Urteile kann man sicherlich streiten, insgesamt bietet das Buch aber einen lesbaren ersten Einblick in die komplexen historischen Entwicklungen und Konstellationen auf dem afrikanischen Kontinent.



Prof. Dr. ANDREAS ECKERT lehrt die Geschichte Afrikas am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

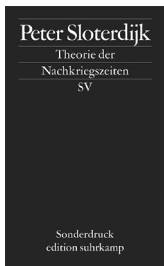


Lutz van Dijk:
Die Geschichte Afrikas.
Frankfurt/M.: Campus Verlag 2008,
238 Seiten, 19,90 €

Anmaßende Schwäche

Ein Plädoyer für mehr Realismus in der deutschen Außenpolitik

Jan Techau | **Gleich drei Dinge liefert Peter Sloterdijk der deutschen außenpolitischen Elite: das Attest der Unbedenklichkeit, das Vokabular für aufrichtige Beiträge zur Militär- und Sicherheitsdebatte und das Rückgrat, um einer skeptischen Bevölkerung die bitteren Wahrheiten über eine harte Welt und die daraus folgenden politischen Imperative nahezubringen.**



Peter Sloterdijk:
Theorie der Nachkriegszeiten.
Sonderdruck der
edition suhrkamp,
Frankfurt a.M. 2008,
72 Seiten, 7,00 €

Die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland ist in beklagenswertem Zustand. Aus dem Geflecht der Gründe hierfür ragt einer heraus: Deutschland ist zu einer realistischen Bedrohungs-wahrnehmung kaum in der Lage, weil es die größte Bedrohung nach 1945 in sich selbst sah. Diese Ausformung des Schuldkomplexes verstellt den Blick auf die Gefahren, die in der freien Wildbahn des internationalen Systems lauern. Mit dieser Strategie fuhr das Land gut, solange es nicht voll souverän war. Mittlerweile aber fordern nicht nur Amerikaner, sondern auch Briten und Niederländer mehr deutsches Militär an entscheidender Stelle, wird Deutschland auch in Fragen der harten Diplomatie mehr Phantasie und Standkraft abverlangt. Während ein Teil der Eliten das begreift, hinkt die Öffentlichkeit, und mit ihr ein Großteil des deutschen Parlaments, der Weltlage des mental hinterher.

Nur gut, dass gerade jetzt der wichtigste öffentliche Philosoph Deutschlands seinem Land ein sprachmächtiges Normalisierungszeugnis ausstellt. Mit seiner „Theorie der Nachkriegszeiten“

legt Peter Sloterdijk eine Geschichtsinterpretation vor, die Deutschland den Erfolg seiner „Selbstregulierung der eigenen Kultur“ bescheinigt, aber anmerkt, dass in der Außenpolitik die Konsequenz aus dieser Normalisierung noch nicht gezogen wurde.

Anlass für den Essay war eine Rede Sloterdijks bei den Deutsch-Französischen Kulturgesprächen in Freiburg 2007. Sloterdijk zeigt, wie unterschiedlich die beiden Länder die Nachkriegszeit zur Neuausrichtung genutzt haben. Während in Frankreich aufgrund des ambivalenten Kriegsergebnisses zwei rivalisierende Bewältigungsstrategien erwachsen, war aufgrund der Eindeutigkeit der Niederlage hierzulande die Sache klarer. Nach einer Phase des Schweigens folgte eine der harten und gelegentlich masochistisch-lustvollen Selbstanalyse. So weit sei diese „Metanoia“ gediehen, dass Deutschland nunmehr „in eine Phase eingetreten ist, in der es anfangen darf, die Früchte seiner metanoetischen Anstrengungen zu ernten“. Es handelt sich um „nichts anderes als den seit längerem absehbaren Eintritt Deutschlands ins mani-

festen Stadium seiner Normalisierung“. Aus einem permanenten Ausnahmezustand des An-sich-Arbeitens könnten nun „gewöhnliche alltagspatriotische Verhältnisse“ treten.

Ein Schlusstrich also. Sascha Lehnartz hat in der *FAZ* darauf hingewiesen, dass sich das Zutreffen der Sloterdijkschen Schlüsse möglicherweise auch daran zeigt, dass es noch keinen Aufschrei der Warn- und Bewältigungsprofis gegeben habe. Vielleicht haben diese aber auch nicht bis zum Ende gelesen, denn der Sprengstoff des Buches steckt in seinen außenpolitischen Aussagen. Hier ist die „Tiefenerholung der deutschen Nachkriegszivilisation“ noch nicht abgeschlossen. Zwar seien die Zeiten zu Ende, „in denen schon die Wendung ‚deutsche Interessen‘ als ein Rückfall in Denkformen der NS-Zeit galt“. Man erwarte im Ausland von Deutschland, dass es sich zu einem „gewöhnlichen politischen Egoisten“ entwickle, da „man sich im Feld der Politik auf den berechenbaren Egoismus“ aller Mitspieler verlassen können will. Doch in sicherheitspolitischen Fragen habe Deutschland aus der „Wahrhaftigkeit seiner Metanoia“ eine Lüge gemacht. Anders als Frankreich sei Deutschland stolz darauf, in Sachen Verteidigung uneigenständig zu sein. Es trage „seine totale Abhängigkeit von der militärischen Schutzfunktion anderer wie eine moralische Leistung vor sich her. Die Deutschen neigen zu der Überzeugung, sie hätten aufgrund ihrer vergangenen Verbrechen einen höheren Anspruch darauf erworben, in einer Welt zu leben, in der es keine Kriege gibt. Hieraus ist ein Syndrom der anmaßenden Schwäche entstanden, das kommenden Prüfungen nicht standhalten wird.“

Mit seiner präzisen Analyse und traumwandlerischen Treffsicherheit in der Begriffsfindung liefert Sloterdijk der deutschen außenpolitischen Elite gleich drei Dinge: erstens das Attest der eigenen Unbedenklichkeit durch einen unverdächtigen Intellektuellen, zweitens das Vokabular für aufrichtige Beiträge zur deutschen Militär- und Sicherheitsdebatte, und drittens stellvertretend das Rückgrat, um einer skeptischen Bevölkerung die bitteren Wahrheiten über eine harte Welt und die daraus folgenden politischen Imperative nahezubringen. Denn die Moral der Sloterdijkschen Herleitungen lautet, dass die Durcharbeitung der eigenen Kultur hilflos bleiben muss, wenn sie nicht auch im Handeln die richtigen Schlüsse ziehe: „Es gehört zu den Besonderheiten des kulturellen Klimas in Deutschland, dass viele Akteure auf dem Feld der veröffentlichten Meinung große Mühe damit haben, sich zu den Möglichkeiten und Wirklichkeiten der neu erarbeiteten deutschen Integrität in ein anerkennendes Verhältnis zu setzen.“ Kein Gestaltungsanspruch, nirgends.

Vielleicht ist es ein bisschen viel auf einmal, dem gerade an sich selbst genesenen Land auch noch den Willen zur Macht abzuverlangen. Aber letztlich geht es Sloterdijk genau darum. Darum, sich seiner eigenen Relevanz gewärtig zu werden und die daraus entstehende Verantwortung wahrzunehmen. Etwa, indem man den Beitrag zur eigenen Sicherheit ernst nimmt. Davon hätten nicht nur die Deutschen selbst etwas, sondern auch Afghanen, Briten, Niederländer, Kanadier und Amerikaner. JAN TECHAU leitet das Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen im Forschungsinstitut der DGAP.